

Haushalt und Finanzen 2023



Haushaltsrede der fraktionslosen Kreistagsabgeordneten Sonja Crämer-Gembalczyk, DIE LINKE, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2023 am 7. Dezember 2022

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Herr Landrat Dr. Schulze-Pellengahr,
Herr Kreisdirektor Dr. Tepe,
Vertretende der Verwaltung, Kolleg:innen und
liebe Gäst:innen – Guten Abend

eigentlich hatte ich mir vorgenommen – so wie jedes Jahr – das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen und meine Vorstellungen zum Kreis Haushalt 23 zu erläutern. EIGENTLICH
Doch dieses Jahr kann ich das nicht. Es ist mir unmöglich – was nicht am Unvermögen liegt.

Wir befinden uns weltweit in einer Multikrise, die Klimakrise, die Energiekrise, die überschäumende Inflation, Corona, das Verschwinden des Friedens und der Menschlichkeit sowie die Bedrohung durch einen Atomkrieg. Dabei geht es nicht ausschließlich um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins auf die Ukraine. Rund um die Erde finden bewaffnete Konflikte und unzählige Angriffe auf die Menschenrechte und die Menschenwürde statt.

Das Ausmaß an Gewalt und Verrohung erschüttert mich und zu Weilen macht es mich mutlos und lässt mich düster in die Zukunft blicken.

Ist es bei dieser all umfänglichen Multikrise verwunderlich, dass erschreckende 46% der Deutschen an das Konzept der Demokratie nicht mehr glauben? (Paul Ehrlich Institut)

Leider ist das ein weltweiter Trend – global nimmt der Anteil an autokratischen Regimen und rechten Regierungen zu, wie aktuell in Italien. Bei uns haben die AfD, die Basis und ähnliche Gruppierungen und Parteien immer mehr Zulauf und Zustimmung bei den Wähler:innen. In Essen wurde im November auf eine Synagoge geschossen. Mitten in Deutschland, das ist unfassbar wie auch erschütternd. Putin und Konsorten führen nicht nur einen Angriffskrieg auf die Ukraine, sondern auf die demokratischen Werte insgesamt – auf die die EU immer wieder pocht.

Der Druck der Klimakrise und der gleichzeitigen Energie- und Gerechtigkeitskrise, die Wirtschaftskrise, erfordert immer stärkere staatl. Maßnahmen. Führen diese dann zur Abschaffung demokratischer Beteiligung, oder kann mehr Beteiligung die Energiewende und die Stärkung der Demokratie und der Gerechtigkeit sogar beschleunigen?

Der zunehmende Krisendruck führt leider zu einer gesellschaftlichen Polarisierung, die demokratisch fundierte, gemeinsame Lösungen behindert. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Wie also kann die Demokratie aus all diesen Herausforderungen und der Megakrise gestärkt und verändert hervorgehen? Das kann, meines Erachtens, nur direkt und in den Lebensrealitäten der Menschen geschehen. Also, bei uns in Deutschland, in den Kommunen und in den Kreisen durch direkte Demokratiebeteiligung wie Polarisierung, die einen emanzipatorischen Bürgerhaushalt, Übertragung der Kreistagssitzungen als niederschwelliges Angebot, oder durch Bürger:innen-entscheide. Denn hier werden die Auswirkungen und Entscheidungen der „großen“ Politik von den Bürger:innen gelebt und gespürt.

Was wir aktuell brauchen ist ein Höchstmaß an Engagement in allen Bereichen in denen es um den Menschen geht.

Einer der größten Hilfeleistungszahler in NRW ist der Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Seine Landschaftsumlage steigt auch dieses Jahr wieder, für das Jahr 23 um 0,85% auf dann 16,4%. Dr. Lunemann, Landesdirektor, sagt dazu: „Der zusätzliche Finanzbedarf des LWL explodiert gegenüber dem Haushalt 2022.“ Ich befürworte diese Erhöhung ausdrücklich und halte sie trotzdem nicht für real. Denn wenn der LWL finanziell weiterhin so aufgestellt bleibt und so weiter machen muss, ist er in zwei Jahren in der Haushaltssicherung – und das wollen wir alle wirklich nicht erleben. Der LWL kennt nur Nehmerkommunen bei seinen Mitgliedern. Konkret hat der LWL vom Kreis Coesfeld 56,8 Mio. Euro oder 256,80 Euro auf die einzelnen Einwohner:innen gerechnet im vergangenen Jahr, erhalten. Das war ein Hebesatz von 15,55%. Aber der LWL hat rund 165 Mio.€ (164.710.115 €) oder pro Person 744.54 Euro ausgegeben. Allein 99,1 Mio. entfielen auf die Eingliederungshilfe. (LWL Leistungsbericht Kreis Coesfeld 2022) Das macht deutlich wie wichtig er für uns alle ist. Auch wenn wir ihn im Alltag wenig wahrnehmen. Er ist halt der unbekannte Riese.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen muss fair finanziert werden – die Kommunen müssen entlastet werden. Zu fordern z. Bsp. ist, dass der Bund, der für die Eingliederungshilfe zuständig ist, sich dynamisch und dauerhaft sowohl an der Grundlast an Eingliederungshilfe als auch an den Folgekosten des BTHG beteiligt und dass das Land NRW im Bundesrat bei den durch Bundesrecht ausgelösten Finanzbedarfen aus der Eingliederungshilfe darauf achtet, dass die Kommunen nicht zusätzlich belastet werden. Hier sollten wir dem Beispiel des Kreises Recklinghausen folgen und, wie dieser, der ganze Kreistag gemeinsam eine Resolution an Bund und Land auf den Weg bringen. Bei Interesse stelle ich Ihnen diese gerne zu Verfügung.

Der Antrag einiger anderer Fraktionen geht in die richtige Richtung. Greifen wir jetzt beherzter in die Ausgleichsrücklage, würde dies allen Kommunen und dadurch den Menschen im Kreis helfen. Wir dürfen im Kreis froh sein, dass wir das finanziell stemmen können.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass wir eine strukturelle, sowie eine systemische Unterfinanzierung der Kreise und Kommunen durch das Land und den Bund seit Jahren erfahren – an der auch die Ampel noch kein helles Licht am Ende des Tunnels angezündet hat.

Eigentlich sollten wir uns auch bei diesem Thema als Kreistag egal welcher politischen Couleur zusammenschließen und eine Resolution an das Land und den Bund senden, in der wir klarstellen, dass wir eine auskömmlichere und stärkere Finanzierung von Land und Bund zwingend benötigen um unseren Aufgaben im Sinne der Menschen nachkommen zu können. EIGENTLICH

Die folgenden Punkte beziehen sich auf die Menschen im Kreis Coesfeld direkt:

Punkt Eins – das Ehrenamt ist nicht hoch genug zu schätzen, übernehmen sie doch vielfach staatl. Aufgaben bei denen unsere Strukturen blamabel versagen. Es gibt in Deutschland und im Kreis, Tafeln, Suppenküchen, Wärmestuben etc. Alle verzeichnen immer mehr Hilfesuchende die sie schon nicht mehr adäquat versorgen können. Die Coesfelder Tafel musste im August sogar einen schmerzlichen Neukundenaufnahmestopp veranlassen. Gut das es sie alle gibt und vielen, vielen Dank für Ihren Einsatz– aber in Deutschland? Das darf eigentlich nicht nötig sein. EIGENTLICH

Punkt Zwei – Je nach Herkunftsland und Fluchthintergrund existieren inzwischen unterschiedliche Verfahrensweisen. Der Kreis steht in der Pflicht sein Votum im Bund laut kund zu tun. Zum einen um die Verfahrensweisen gerecht und einheitlich zu gestalten und die auskömmliche Rückfinanzierung der Ausgaben durch Land und Bund zu fordern.

Es fliehen immer mehr Menschen aus den verschiedensten Gründen heraus aus ihrer Heimat zu uns, tragischer weise werden die Unterkünfte für die Neuankömmlinge knapp. Diese Entwicklung hat für die Situation auf dem Wohnungsmarkt, für Wohnungsbau/Sozialwohnungsbau erheblich negative Auswirkungen. Das knappe Angebot und damit die zunehmende Konkurrenz um Wohnraum führen zu vermehrter sozialer Ungunst und Polarisierung. Das Beschaffen, sprich Bauen, ist mittelfristig der einzig gangbare Weg.

Meines Erachtens hat auch ein geflüchteter sog. Klima- bzw. Armutsflüchtling jedes Recht der Welt seinem Elend zu entfliehen und woanders, z. Bsp. Hier, sich ein besseres Leben zu erarbeiten. Ich wünsche mir das der Kreis dem Bündnis Seebrücke beitrifft. Heißt es doch, „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ (Rosa Luxemburg). Eigentlich könnten wir auch jetzt noch Seebrücke beitreten. EIGENTLICH

Punkt Drei – schließt sich an Punkt Zwei an: wir brauchen im Kreis eine verstärkte Wohnraumoffensive. Baugrundstücke und Häuser, Bauen allgemein wird immer teurer und bezahlbare Mit- und Sozialwohnungen sind Mangelware.

Für Menschen mit Behinderung, für Geflüchtete, Senior:innen, für Alleinerziehende, für die unteren Lohngruppen, für vielköpfige Familien etc. ist es schwer bis unmöglich, bezahlbaren, adäquaten Wohnraum zu finden.

Der Wohnberechtigungsschein soll diese Benachteiligungen auffangen, aber die Versorgungslage wird immer enger. Wenn es an den Wohnungen fehlt, hilft auch der schönste WB-Schein nichts. Eigentlich müsste hier viel mehr passieren, EIGENTLICH

Punkt Vier – Der Kreis rechnet in seinem Haushalt 23 mit einer Tarifierhöhung des TVÖD 's von gerade mal 3,5%. Da war wohl der Wunsch der Vater der Gedanken. Realer und auch angemessener, respektvoller ist hier eine Kalkulation von 7-10%. Das sollte allen Entscheidungsträger:innen klar sein. Also geht die schöne Rechnung gar nicht auf – warum nicht gleich mit den wahrscheinlicheren Zahlen rechnen? Eigentlich verpflichtet die Logik dazu. EIGENTLICH

Punkt Fünf – ich möchte bei diesem Punkt ganz konkret zum Menschen im Kreis zurückkommen. Gegen den Landestrend in NRW ist im Kreis Coesfeld die Zahl der Privatinsolvenzen gestiegen. Und – 2021 bekamen 1205 Rentner:innen Grundsicherung im Alter, das waren 7,6% mehr als im Vorjahr. (Statistisches Bundesamt) Wie erschreckend ist das denn? Das sind Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben – ob auf dem Arbeitsmarkt oder für die Familien – ihnen im Alter das zu geben was sie sich erarbeitet haben und nicht zum Staat gehen zu müssen, ist das Minimum an Respekt das wir ihnen zukommen lassen sollten. 45 Jahre und mehr gearbeitet und dann zum Staat gehen zu müssen ist eine entwürdigende Perspektive. Eigentlich ist dem nur mit besseren Löhnen, gerade in den unteren Lohngruppen beizukommen.

Zu diesem großen Themenkreis gehört die Inklusion – ist sie doch ein Querschnittsthema – also die inklusive Gesellschaft aller der in ihr lebenden Menschen. Deshalb fordere ich erneut die Einführung eines Gleichstellungsbeirats im Kreis. Dies in Hinblick auf ein Sprachorgan auch für alle LGBTQAI+ Menschen. Das fordere ich bewusst als cis Frau, denn ich sehe im Kreis für diese Leute, nur erstes zartes öffentliches Engagement und das obwohl noch zum CSD in Münster ein Transmann bei homophoben Angriffen sterben musste. Das ist quasi um die Ecke – Eigentlich sollten wir sehr zügig einen Gleichstellungsbeirat einsetzen. EIGENTLICH

Punkt Sechs – unsere Welt quietscht und eiert, leidet und ächzt.

Sie hat Mensch.

Deshalb ist eine Erdgasförderung über die Fracking-Methode, ob im Kreis Coesfeld oder sonst wo, strikt abzulehnen. Bedeutet es doch unumkehrbare Risiken und Folgen, die Mensch und Umwelt schädigen und in ihrer Gänze kaum abzusehen sind.

Eigentlich muss eine Priorisierung die Senkung des Energiebedarfes und der beschleunigte Ausbau von alternativen Energiequellen – nicht fossiler Art – sein. EIGENTLICH

Eigentlich muss der ÖPNV stärker ausgebaut werden – Projekte wie das KOMMIT sind gut und sinnvoll, helfen aber im Nordkreis niemandem. Eigentlich muss der ÖPNV, wie in anderen Ländern üblich, kostenfrei bzw. Umlage finanziert sein. EIGENTLICH

Punkt sieben zum Schluss - Weil Krisen Dauerzustände werden – Klimakatastrophe, Biodiversitätsverlust, Artensterben, Höfesterben – heißt es einmal mehr, umdenken. Es müssen nur als Beispiel dras-

tisch weniger Nutztiere gehalten werden, weniger Fleisch gegessen werden und eine alternative Landwirtschaft gefördert werden. Doch alle Maßnahmen, jegliche Reduktion greifen nur gemeinsam mit den Landwirt:innen, die zwischen allen Stühlen sitzen. Es geht um unsere Zukunft. Es geht um zukunftsfähige Agrarpolitik und es geht uns alle an. Eigentlich könnte der Kreis beratend und finanziell unterstützen, mit Seminaren, Mentoring Begleitung durch ausgewiesene Fachleute, Bürger:innen Programme etc... EIGENTLICH

Es gibt sicher noch sehr viele Themen die ich hier heute Abend übergangen habe. z. Bsp. Den Zusammenhang zwischen guten Arbeitslosenzahlen, Unterbeschäftigungsquote und Minijob-Hotspot Münsterland, oder der Fachkräftemangel in Kita`s und anderen Heil-Helfenden Einrichtungen – aber wie gesagt war mir das in diesem Jahr nicht möglich.

Eigentlich wollte ich Ihnen nun eine schöne Winterpause wünschen. EIGENTLICH – doch bevor ich das tue, möchte ich mit Philipp Simon sagen:

GENIEßEN SIE DEN KLIMAWANDEL!

Vielen Dank und frohe Festtage

Sonja Crämer-Gembaczyk – die Linke. Im Kreistag Coesfeld